

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Simone Huth-Haage und Ellen Demuth (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen

Ergebnisse der Familienministerkonferenz vom 6. November 2014

Die **Kleine Anfrage 2828** vom 20. November 2014 hat folgenden Wortlaut:

Wir fragen die Landesregierung:

1. An welchen Stellen sieht die Landesregierung den größten Änderungsbedarf hinsichtlich der Qualitätsverbesserung in den rheinland-pfälzischen Kindertagesstätten?
2. Welcher Betreuungsschlüssel ist aus Sicht der Landesregierung notwendig, um eine gute und altersangemessene Förderung und Betreuung in den Kindertagesstätten im Gegensatz zur aktuellen Lage realisieren zu können?
3. Welchen Stellenwert räumt die Landesregierung einer verbesserten Bezahlung von Erzieherinnen für die Qualität der Kindertagesstätten ein?
4. Wie hoch schätzt die Landesregierung die Kosten für die genannten Qualitätsverbesserungen für das Land Rheinland-Pfalz?

Das **Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 11. Dezember 2014 wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung:

Am 6. November 2014 fand in Berlin die gemeinsame Konferenz „Frühe Bildung weiterentwickeln“ statt. Teilgenommen haben Frau Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig, die für die Kindertagesbetreuung Verantwortung tragenden Ministerinnen und Minister der Länder sowie die Vertretungen der kommunalen Spitzenverbände.

Der Konferenz vorausgegangen war eine Initiative der Jugend- und Familienministerkonferenz, die im Mai diesen Jahres den Beschluss gefasst hatte, turnusmäßig zu einer Bund-Länder-Konferenz zur Weiterentwicklung des Systems Frühkindlicher Bildung einzuladen.

Bei der Konferenz am 6. November 2014 handelte es sich ausdrücklich nicht um eine Sitzung der Jugend- und Familienministerkonferenz. Mit der gewählten Form einer gemeinsamen Konferenz wurde vielmehr zum Ausdruck gebracht, dass die Herausforderungen einer Weiterentwicklung und finanziellen Sicherung der Frühen Bildung nur in gemeinsamer Verantwortung von Bund und Ländern, unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände sowie im Dialog mit den für die Kindertagesbetreuung Verantwortung tragenden Verbänden und Organisationen, wahrgenommen werden können.

Im Rahmen der Konferenz haben Frau Bundesministerin Schwesig und ich als Vorsitzende der Jugend- und Familienministerkonferenz das Communiqué „Frühe Bildung weiterentwickeln und finanziell sichern“ unterzeichnet.

Diese Vereinbarung stellt die Bedeutung der frühen Bildung heraus und geht auf wesentliche Aspekte für die Weiterentwicklung ein:

- die Sicherung eines für Kinder und Eltern bedarfsgerechten Angebotes,
- die kontinuierliche fachliche Weiterentwicklung der Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebote verbunden mit einer Verankerung der Gesundheitsförderung als Querschnittsaufgabe im pädagogischen Alltag,

- gute Arbeitsbedingungen für das Fachpersonal, insbesondere ein guter Fachkraft-Kind-Schlüssel, die Sicherstellung der Leitungsaufgaben in Einrichtungen sowie Aus- und Fortbildungsangebote, die den hohen Anforderungen der Arbeit entsprechen,
- die räumliche Gestaltung der Einrichtungen als Beitrag zur pädagogischen Qualität und zur Gesunderhaltung der Fachkräfte,
- eine weitere Professionalisierung der Kindertagespflege und deren Qualitätsentwicklung und -sicherung.

Gleichzeitig hält das Communiqué fest, dass zur Erfüllung der Anforderungen an die frühkindliche Bildung die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden müssen, wobei die Länder insbesondere vom Bund ein stärkeres und dauerhaftes Engagement erwarten.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1, 2 und 3:

Die Entwicklung der Kindertagesbetreuung in Rheinland-Pfalz und der derzeit erreichte Stand in Bezug auf den Ausbau von Betreuungsplätzen und die Qualität wird sehr positiv bewertet. Einrichtungsträger, Kommunen und Land engagieren sich kontinuierlich, um den wachsenden Anforderungen in der Frühpädagogik gerecht zu werden. Dies belegen die Datenauswertungen des Landes, die auf dem Kita-Server Rheinland-Pfalz veröffentlicht sind.

Auch nach dem Ländermonitor der Bertelsmann-Stiftung befindet sich Rheinland-Pfalz bei vielen vergleichenden Ländererhebungen auf soliden bis überdurchschnittlichen Plätzen, sowohl was den quantitativen Platzausbau in den westlichen Bundesländern anbelangt (aktuelle Versorgungsquote für U3-Plätze: 43,5 %) als auch bezüglich qualitativer Themenfelder (Beispiel: Personalschlüssel nach der letzten freigegebenen Auswertung des statistischen Bundesamtes vom 1. März 2013 bei U3 = 1: 3,6 in Rheinland-Pfalz; bundesweit 4,3).

Hervorgehoben werden kann, dass auch über die Zeit des massiven Ausbaus der Betreuungsplätze hinweg die Personalschlüssel stabil gehalten worden sind und die Steigerungsraten der Platzzahlen in den personell besser ausgestatteten Krippen- und altersgemischten Gruppen seit 2013 sogar deutlich höher als in den sog. geöffneten Kindergartengruppen ausfallen.

Der Landesregierung ist es ein zentrales Anliegen, Qualitätssicherung und -entwicklung in der Kindertagesbetreuung im Sinne einer kontinuierlichen Aufgabe zu fördern und gemeinsam mit allen Verantwortungsträgern zu gewährleisten, dass Änderungsbedarfe frühzeitig erkannt und Verbesserungen strukturell verankert werden können.

Sowohl aus meinen vielfältigen persönlichen Kontakten mit Kindertagesstätten als auch aus vorliegenden empirischen Hinweisen kann auf Handlungsbedarf in verschiedenen Bereichen geschlossen werden.

So hat vielerorts die Zeitverdichtung in den Kindertagesstätten deutlich zugenommen. Die Öffnungszeiten der Einrichtungen über den Tag hinweg sind in den vergangenen Jahren deutlich ausgeweitet worden. Die Stundenzahl, die Kinder täglich in einer Kita verbringen, ist im Durchschnitt stark angestiegen. Seit 2005 hat sich die Anzahl der Ganztagsplätze in Rheinland-Pfalz nahezu verdreifacht (2005: 25 513 Plätze/heute: 74 502 Plätze).

Zeitliche und räumliche Flexibilität stellen für viele Familien große Herausforderungen dar. Familien tragen die wachsende Vielfalt an Bedarfslagen in die Kita hinein und erwarten angemessene Angebote. In den Kitas, die mittlerweile für nahezu 100 % der Kinder eine umfangreiche Betreuung und Förderung sicherstellen, verdichtet und potenziert sich somit der Zeitmangel, der unserer Gesellschaft innewohnt.

Wissenschaftlich gesicherte Hinweise zur Wahrnehmung von Belastungen durch die Fachkräfte liefert die bundesweit angelegte Studie „Arbeitsplatz und Qualität in Kitas“, kurz AQUA-Studie. Die Ergebnisse dieser Studie waren Gegenstand der Befassung im Landtagsausschuss für Integration, Familie, Kinder und Jugend (AIFKJ) in seiner 32. Sitzung am 4. November 2014.

Die Studie stellt zunächst einmal heraus, dass viele Kita-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter ihrer Arbeit gerne nachgehen. Sie sind mit ihrer Arbeit sehr zufrieden und weisen ein hohes Engagement auf.

Diesem positiven Bild steht jedoch gegenüber, dass mehr als zwei Drittel (ca. 72 %) aller Fachkräfte der Ansicht sind, ihre beruflichen Anstrengungen überwiegen bei weitem die Anerkennungen und Belohnungen, die sie dafür erhalten. Bedenklich ist, dass etwa ein Drittel der Fachkräfte als Risikogruppe für Burnout-Gefährdung angesehen werden kann.

Die Arbeitszufriedenheit der Fachkräfte sehe ich als maßgeblichen Ansatzpunkt zur Weiterentwicklung der Qualität frühkindlicher Bildung.

Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Kindertagesstätten ist laut AQUA-Studie eine Aufgabe, in die alle verantwortlichen Partner gleichermaßen einzubeziehen wären – eine Einschätzung, die von der rheinland-pfälzischen Landesregierung geteilt wird. Träger von Einrichtungen als Arbeitgeber, Kommunen, das Land und der Bund sind ebenso gefordert wie Organisationen und Verbände, die die Interessen des Systems vertreten.

Auch die Qualitätsorientierung der Träger ist von großer Bedeutung – ein Thema, das die Landesregierung bereits in den Jahren 1999 bis 2005 mit ihrer Beteiligung an der Nationalen Qualitätsinitiative intensiv mit allen Verantwortlichen in den Blick genommen hat. Im Jahr 2010 ist es mit der Veröffentlichung der Empfehlungen zur Qualität der Erziehung, Bildung und Betreuung in Kindertagesstätten landesweit verankert worden. Aktuell liefert das Landesprogramm Kita!Plus neue Impulse für diesen Bereich, insbesondere im Hinblick auf die Familienorientierung der Einrichtungen.

Weitere bedeutsame Themenfelder, in denen die Landesregierung aktiv zur Qualitätssicherung und -entwicklung im Feld der Früh-

pädagogik beiträgt, sind der Ausbau der Ausbildungsplätze, die Personalkostenförderung im Hinblick auf den Einsatz zusätzlichen Erziehungspersonals und Leitungsfreistellung sowie die Förderung der Fortbildung.

Zu Frage 4:

Wie in den Fragen 1 bis 3 ausgeführt, geht es um ein Zusammenwirken von Aspekten, die in der Diskussion um eine Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität rheinland-pfälzischer, aber auch bundesweiter, Kindertagesbetreuung von Bedeutung sind. Dieser Prozess einer bundesweiten Debatte hat gerade erst begonnen. Belastbare Kostenschätzungen für diese Vielzahl von Aspekten werden erst zu einem späteren Zeitpunkt möglich sein, auch weil eine Reihe von aufgezeigten Perspektiven nicht mit einer unmittelbaren Verantwortung des Landes verbunden sind. Entsprechende Fragestellungen sind allerdings Teil des Auftrags, den sich die Länder und der Bund in gemeinsamer und zugleich geteilter Verantwortung gegeben haben.

Bezogen auf die Situation in Rheinland-Pfalz ist festzuhalten, dass die Verantwortung für eine gute Kindertagesbetreuung im Wesentlichen von drei Partnern getragen wird, deren Haushaltslage von wachsenden Pflichtausgaben und gleichzeitigen Anforderungen eines angestrebten Schuldenabbaus geprägt sind. Dies gilt für die freien Träger und hier allen voran die Kirchen, die Kommunen und ebenso für das Land.

Ein gegenseitiger Verweis auf die Verantwortung des jeweils anderen kann in dieser Situation nicht hilfreich sein und es erscheint umso wichtiger, gemeinsam Perspektiven zu entwickeln, wie die Fachkräfte in den Einrichtungen angemessen unterstützt werden können, ein qualitativ gutes Angebot der Kindertagesbetreuung zu realisieren.

Die Vereinbarung von Bund und Ländern mit dem Ziel, die Frühe Bildung weiterzuentwickeln und finanziell zu sichern, ist ein Schritt hin zu einer gemeinsamen Wahrnehmung von Verantwortung. Zur Umsetzung ist im Communiqué festgehalten worden, dass dies in einem verbindlichen, gestuften Prozess unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände sowie im Dialog mit den für die Kindertagesbetreuung Verantwortung tragenden Verbänden und Organisationen erfolgt. Länder und Bund verpflichten sich, bis Ende 2016 einen ersten Zwischenbericht vorzulegen, der den Stand der Umsetzung der Ziele wiedergibt. Die rheinland-pfälzische Landesregierung wird sich aktiv in diesen Prozess einbringen und erwartet dies auch von den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände sowie den Verbänden und Organisationen im Bereich der Kindertagesbetreuung.

Irene Alt
Staatsministerin

